

## Editorial

## Herausforderungen am Horizon(t)



Im Nationalrat werden wir in der Wintersession über die Finanzierung der Schweizer Beteiligung am 9. EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation in den Jahren 2021-2027 entscheiden. Mit einem Rahmenkredit von gut 6 Milliarden Franken streben wir eine Vollasoziiierung an «Horizon Europe» an. Das ist eine wichtige Weichenstellung, um den Forschenden und innovativen Unternehmen in unserem Land weiterhin den Zugang zum weltweit bedeutendsten Förderprogramm zu ermöglichen.

Wenn das Parlament die Finanzierung bewilligt, kann der Bundesrat mit der Europäischen Union über die Teilnahmebedingungen verhandeln. Gegenwärtig prägen viele Unklarheiten die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU. Daher ist auch bei der Einigung über die definitiven Beteiligungskriterien mit Verzögerungen zu rechnen. Das versetzt die Akteure unseres Forschungs- und Innovationsplatzes sowie auch unserer Wirtschaft in grosse Unsicherheit.

Genau vor vier Jahren war das Parlament bereits gefordert, als es darum ging, mittels der Ratifizierung des Kroatien-Protokolls eine erneute Vollasoziiierung der Schweiz an «Horizon 2020» sicherzustellen. Je nach Verlauf der Verhandlungen in Brüssel werden wir auch in den nächsten Jahren in der Verantwortung stehen, damit die Schweiz in der Forschung und Innovation weiterhin an der Spitze mitwirken kann.

**Elisabeth Schneider-Schneiter**  
Nationalrätin,  
Mitglied Politikteam FUTURE

## Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten

## Nach Anschubfinanzierung liegt der Ball wieder bei den Kantonen

**In der Schweiz besteht ein Mangel an Ärztinnen und Ärzten. Unser Gesundheitssystem ist stark abhängig von im Ausland ausgebildeten Fachkräften der Humanmedizin. Der Handlungsbedarf wurde sowohl vom Bundesrat als auch vom Parlament erkannt. Gemeinsam mit den universitären Hochschulen wurden in der BFI-Periode 2017-2020 Massnahmen ergriffen. Die Zahl der Studienabschlüsse steigt.**

Die Erhöhung der Anzahl Ausbildungsabschlüsse in der Humanmedizin war ein erklärtes Ziel des Bundesrates und des Parlaments in der Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Botschaft) in den Jahren 2017-2020. Zu diesem Zweck enthielt die BFI-Botschaft ein Sonderprogramm im Umfang von 100 Millionen Franken projektgebundener Beiträge gemäss dem Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz (HFKG). Diese Anschubfinanzierung sollte es den Universitäten ermöglichen, die Anzahl Studienplätze in der Humanmedizin zu erhöhen: Das Ziel sind 1'300 Masterstudienabschlüsse pro Jahr bis 2025.

**Erste Zwischenbilanz gezogen**

Ein Vergleich der Abschlusszahlen der beiden Jahre 2013 und 2019 zeigt eine effektive Zunahme der Abschlüsse in Humanmedizin: Schlossen im Jahr 2013 rund 786 Medizinstudierende ihren Master ab, lag die Zahl im Jahr 2019 bei 1'017; das sind 231 Masterdiplome mehr. Auf Bachelorstufe waren es sogar 250 zusätzliche Abschlüsse im Jahr 2019 (1'128) im Vergleich zum Jahr 2013 (878).

Diese Zunahme entspricht den Prognosen des Sonderprogramms. Der Bundesrat spricht in diesem Zusammenhang von einem «nachweislichen Erfolg». Gleichzeitig betont er, dass weitere Verbesserungen der gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen notwendig seien. Dazu zählt der Bundesrat etwa einen bedarfsgerechten Fachkräftemix, die Erhöhung der Berufsverweildauer von Ärztinnen und Ärzten, die Steigerung der Attraktivität der Arbeitsbedingungen in der Grundversorgung und die Stärkung der Interprofessionalität.

### Ausbildungsoffensive für Pflegeberufe

Neben einem Mangel an Ärztinnen und Ärzten fehlt es in der Schweiz auch an Pflegefachkräften. Entsprechend wurde im Jahr 2017 die Volksinitiative «Für eine starke Pflege» eingereicht. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats verfasste daraufhin einen indirekten Gegenvorschlag in Form einer parlamentarischen Initiative.

Der Pflegeberuf soll aufgewertet werden, indem Ausbildungen gefördert und dem Pflegepersonal zusätzliche Kompetenzen erteilt werden. Pflegefachkräfte in Ausbildung sollen künftig von den Kantonen finanziell unterstützt werden. National- und Ständerat stimmten dem indirekten Gegenvorschlag grundsätzlich zu. In der Wintersession befasst sich die grosse Kammer erneut mit den Differenzen über die Summe der finanziellen Mittel, die für die Ausbildungsoffensive aufgewendet werden soll.

### Bundesrat lehnt weitere Massnahmen für die Ausbildung ab

In den letzten Jahren wurden mehrere Vorstösse eingereicht, die darauf abzielen, weitere Massnahmen zur Erhöhung der Zahl der Abschlüsse in der Humanmedizin zu ergreifen. Teilweise noch hängige Motionen aus den Jahren 2019 und 2020 fordern die Überprüfung der Zulassungsmodalitäten oder eine Änderung, die eine gemeinsame Kostenübernahme durch den Bund,

die Kantone und die betroffenen Institutionen ermöglicht. Der Bundesrat erachtet dies allerdings nicht als notwendig und empfiehlt die entsprechenden parlamentarischen Vorstösse zur Ablehnung.

In der BFI-Botschaft 2021-2024, die den Räten in der Wintersession zur Differenzbereinigung vorliegt, sind entsprechend keine zusätzlichen zweckgebundenen Mittel zur Erhöhung der Anzahl Studien-

abschlüsse im Bereich der Humanmedizin vorgesehen. Nach der Anschubfinanzierung durch den Bund sind die Kantone gefordert, die Zahl der Ausbildungsplätze weiter zu erhöhen. Die Schweizerische Hochschulkonferenz hat die Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten als Schwerpunkt für die Periode 2021-2024 festgelegt. Der Bundesrat unterstützt diese Prioritätensetzung über die reguläre Finanzierung nach HFKG.

### Horizon Europe

## Weichenstellung im Parlament

In der Herbstsession sprach sich der Ständerat klar für die Finanzierung der Schweizer Beteiligung am 9. europäischen Rahmenprogramm für Forschung und Innovation «Horizon Europe» in den Jahren 2021-2027 aus. In der Zwischenzeit kamen weitere unterstützende Signale aus dem Parlament. Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-N) und die Finanzkommission (FK-N) der grossen Kammer hiessen die Finanzierung des Horizon-Pakets ebenfalls gut. Des Weiteren

unterstützen die ständerätliche WBK sowie die Aussenpolitischen Kommissionen (APK) beider Räte die Richtlinien des Verhandlungsmandats des Bundesrates für die Beteiligung der Schweiz am Horizon-Paket.

Die nationalrätliche APK forderte im Weiteren, dass die Teilnahmebedingungen parallel zu denjenigen für eine Beteiligung am EU-Bildungsprogramm Erasmus+ verhandelt werden sollen, und

sie wünscht, über den Stand der Verhandlungen bezüglich beider Programme orientiert zu werden.

Nun ist es in der Wintersession am Nationalrat, über das Horizon-Paket im Umfang von insgesamt 6,15 Milliarden Franken zu befinden. Folgt er der kleinen Kammer und seinen vorberatenden Kommissionen, können die Verhandlungen mit der EU aus Sicht der Schweiz aufgenommen werden.

### BFI-Botschaft 2021-2024

## Differenzbereinigung und Anpassungen im BFI-Budget 2021

In der Wintersession widmen sich die eidgenössischen Räte der Differenzbereinigung in der Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2021-2024 (BFI-Botschaft). Nach der Herbstsession blieben Differenzen bei der Finanzierung von Berufsbildung, ETH-Bereich und Forschungseinrichtungen von nationaler Bedeutung bestehen. Die Kommission für Wissenschaft, Bildung

und Kultur des Nationalrats (WBK-N) hält bei zwei Bundesbeschlüssen an der nationalrätlichen Version fest: Sie plädiert weiterhin für die Aufstockungen um 20,4 Millionen für die Berufsbildung sowie um 12 Millionen Franken zugunsten des 3R Kompetenzzentrums. Beim Zahlungsrahmen für den ETH-Bereich schloss sich die WBK-N hingegen der Version des Ständerates an und beantragt, auf zusätzliche

15 Millionen Franken für Nachhaltigkeit und Raumplanung zu verzichten. Sofern der Nationalrat seiner Kommission folgt, liegt der Ball in der dritten Sessionswoche beim Ständerat, um die letzten Differenzen zu bereinigen. Diejenigen Aufstockungen, welche von beiden Räten genehmigt werden, müssen in der Folge auch im Voranschlag 2021 berücksichtigt werden.

## IN KÜRZE

### Differenzen beim ETH-Gesetz

In der Beratung der Differenzen beim ETH-Gesetz hielt die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-N) grösstenteils an der Version des Nationalrats fest. Sie will ein Beschwerderecht der Institutionen nicht explizit ausschliessen. Auch am Wahlsystem der Mitglieder der Beschwerdekommision durch den ETH-Rat will sie nichts ändern. In einem Punkt schloss sich die WBK-N jedoch dem Ständerat an: Videoaufnahmen sollen künftig für Schulungszwecke verwendet werden dürfen.

### Assoziierung an Erasmus+ gefordert

Die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) fordert den Bundesrat dazu auf, Verhandlungen über eine Schweizer Vollasoziiierung am europäischen Bildungsprogramm Erasmus+ zu führen. An ihrer Jahresversammlung wählten die kantonalen Erziehungsdirektorinnen und Erziehungsdirektoren ausserdem ihre Präsidentin Silvia Steiner für eine zweite vierjährige Amtsperiode. Die Juristin und aktuelle Zürcher Regierungspräsidentin steht der EDK seit 2017 vor.

### Matthias Egger wiedergewählt

Der Ausschuss des Stiftungsrats des Schweizerischen Nationalfonds (SNF) wählte Matthias Egger erneut zum Präsidenten des Nationalen Forschungsrats für die Amtsperiode 2021-2024. Der Professor für Epidemiologie und Sozialmedizin an der Universität Bern tritt im Januar 2021 seine zweite vierjährige Amtsperiode an.

### Wiederwahl von Kilian Stoffel als Rektor

Der Regierungsrat des Kantons Neuenburg bestätigte Kilian Stoffel in seinem Amt als Rektor der Universität Neuenburg. Er wählte Kilian Stoffel, der die Universität seit März 2016 leitet, für eine zweite vierjährige Amtsperiode.

### Impulsprogramm lanciert

Der Bundesrat beschloss die Lancierung des Impulsprogramms «Innovationskraft Schweiz» durch die Innovationsförderagentur Innosuisse. Das Impulsprogramm soll Projekte angesichts der Coronavirus-Pandemie mit erleichterten finanziellen Bedingungen gezielt fördern und so die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz nachhaltig sicherstellen. Unterstützt werden Innovationsprojekte von KMU und Unternehmen mit maximal 500 Mitarbeitenden in den Jahren 2021 und 2022. Das Impulsprogramm wird im Rahmen der vom Parlament beschlossenen Aufstockung des Zahlungsrahmens für die Innosuisse finanziert.

### Förderungen für 18 Forscherinnen

Der Schweizerische Nationalfonds (SNF) fördert im Rahmen der dritten Ausschreibung des Instruments PRIMA 18 Forscherinnen mit insgesamt 25 Millionen Franken. Mit den Fördermitteln können die Wissenschaftlerinnen Forschungsprojekte mit einem eigenen Team leiten. Professorinnen sind an Schweizer Hochschulen nach wie vor stark untervertreten. Mit dem Instrument PRIMA fördert der SNF Wissenschaftlerinnen mit grossem Potential auf eine eigene Professur.

### Frédéric Herman als Rektor vorgeschlagen

Der 42-jährige Professor und Dekan der Fakultät für Geowissenschaften und Umwelt, Frédéric Herman, wird vom Universitätsrat der Universität Lausanne als neuer Rektor vorgeschlagen. Sofern der Regierungsrat die Wahl bis am 31. Januar 2021 bestätigt, tritt Herman sein neues Amt auf den 1. August 2021 an. Er würde auf die Molekularbiologin Nouria Hernandez folgen, die seit 2016 als Rektorin amtiert.

### 35 EU-Förderungen für die Schweiz

Der Europäische Forschungsrat (ERC) gab die Verleihung der Starting Grants, einem Instrument des Programms Horizon 2020, bekannt. Mit total 677 Millionen Euro werden Forschende, die am Anfang ihrer akademischen Karriere stehen, gefördert. Von insgesamt 436 Starting Grants gehen 35 an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in der Schweiz. Die Grants verteilen sich wie folgt: ETH Zürich (12), EPFL (2), Universitäten Genf (6), Bern (4), Lausanne (3) und Zürich (3). Je eine Förderung geht an die Universität Basel, die EMPA, das CERN, das Friedrich Miescher Institute und das Institut des Hautes Etudes Internationales et du Développement.

### Schweizer Unis unter Weltbesten

Im Ranking von Times Higher Education (THE) der weltweit besten Hochschulen 2021 finden sich elf Schweizer Universitäten wieder. Die ETH Zürich belegt den 14. Rang und die EPFL ist auf Platz 43 aufgeführt. Es folgen die Universitäten Zürich (73), Basel (92), Bern (109), Genf (149) und Lausanne (191). Die Universität der italienischen Schweiz rangiert in den Plätzen 251-300 und die Universität Freiburg in den Rängen von 351-400. Die Universitäten St. Gallen und Neuenburg wurden in der Spanne von 401-500 klassiert.

#### Impressum

© Netzwerk FUTURE 2020

Münstergasse 64/66, 3011 Bern  
T 031 351 88 46  
info@netzwerk-future.ch  
www.netzwerk-future.ch

Das Netzwerk FUTURE fördert den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft. Wiederverwendung der Artikel sind unter Quellenangabe erlaubt.